

Politische Bildung in einer digitalen Welt

– aus der Perspektive der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen

Ulrika Engler

Zusammenfassung

Der Beitrag wirbt dafür, Digitalisierung in der politischen Bildung mit kritisch-konstruktivem Blick zu gestalten. Dazu werden Thesen zur Diskussion gestellt, die für die politische Bildung in einer digitalen Welt zentral sein können.

Digitalisierung verändert Gesellschaft, ja die ganze Welt in rasantem Tempo. Doch welchen Einfluss hat sie auf Demokratie? Wie groß sind politische und gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten – oder sind wir den Entwicklungen gar machtlos ausgeliefert?

Soll, ja muss politische Bildung diese digitalen Wege ebenfalls nutzen? Oder steht diese Kommunikationsform aufgrund damit verbundener Gefahren im Widerspruch zu dem eigentlichen Anspruch und Ziel politischer Bildung? Zu guter Letzt: Mit welchen Themen müssen wir uns beschäftigen, wenn wir Netzpolitik verstehen und mitgestalten wollen?

1. Alle Welt redet über Digitalisierung

Es gibt kaum einen Bereich unserer Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, den die Digitalisierung nicht betrifft.

Den einen erscheint sie als Heilsversprechen: Dank der Digitalisierung kann der Arbeitsplatz irgendwo auf der Welt, an einem Ort der Wahl, eingerichtet und die Arbeit z. B. mit dem Laptop am Strand erledigt werden. Per Social Media können die Menschen sich weltweit über Interessen austauschen; via Messenger-Services lassen sich spontane *Meetups* verabreden und mit Working-Out-Loud-Formaten sind die eigenen Ziele schneller erreicht. Auf der Suche nach einem Kochrezept hilft *YouTube* weiter und für jedes erdenkliche Problem im Haushalt gibt es einen *Lifehacks*-Blog. Die Möglichkeiten scheinen unbegrenzt.

Für die anderen aber gleicht Digitalisierung einer Apokalypse: Oft wird sie als Welle beschrieben, die uns überrolle. Datenschutz wird als bloßer Wunschtraum aus alten Zeiten dargestellt; Arbeitsplätze würden hinweggefegt; Teilhabe sei passé. Bücher, die vor einer technologischen und gesellschaftlichen Apokalypse warnen, haben

Hochkonjunktur. Die Publikationen des Psychiaters Manfred Spitzer mit alarmistischen Titeln wie „Cyberkrank“, „Vorsicht Bildschirm!“ und „Digitale Demenz“ wurden viel verkauft.

Zugegeben: „Heilsversprechen vs. Apokalypse“ ist eine Zuspitzung in beide Richtungen. Prof. Sascha Friesike, der an der VU Universität in Amsterdam zu digitalen Innovationen lehrt und forscht, wies auf unserer LpB-Tagung im vergangenen Herbst einen dritten Weg, nämlich den der skeptischen Neugier. Neugier – als ein grundsätzliches Interesse an Neuem – sei nur sinnvoll, wenn wir gleichzeitig Skepsis mitbrächten und uns intensiv damit beschäftigten, wie wir digitale Technologien in unserem Sinne und nicht nur im Sinne des Herstellers_der Herstellerin einsetzen könnten (www.lpb-tagung-2018.de).

Doch welchen Einfluss hat Digitalisierung auf Demokratie und unser Zusammenleben – und vor allem auf die Möglichkeiten, zu gestalten und mitzubestimmen?

Um den Antworten auf diese Fragen auf die Spur zu kommen, müssen wir dringend eine zwar kritische, aber doch konstruktive Debatte über Netzpolitik und Auswirkungen sowie Chancen der Digitalisierung für politische Bildung führen.

2. Das Netz: Chancen und Herausforderungen für Demokratie

Allein in den letzten Monaten standen unzählige netzpolitische Themen auf der Agenda und sind zu tagespolitischen Top-Themen aufgestiegen. *Netzpolitik* ist keineswegs ein klar definierter Begriff. Doch egal, ob es sich dabei nun um ein Politikfeld im Entstehen oder um ein etabliertes Politikfeld handelt: Allein die Ernennung von Digitalminister_innen auf Bundes- und Landesebene sowie die Einrichtung eines Ausschusses „Digitale Agenda“ im Bundestag lassen auch im politischen Raum zunehmende Institutionalisierungstendenzen erkennen.

Die Bandbreite der Inhalte, die unter Netzpolitik subsumiert werden können, ist groß – die EU-Datenschutzverordnung, Netzneutralität, Umgang mit *Social Bots*, *Fake News* und Hassreden sind nur einige aktuelle Beispiele.

Richtig ans Eingemachte geht es für unsere Demokratie, wenn Wahlen manipuliert werden. Der Skandal um Cambridge Analytica erhitze daher die Gemüter und warf die Frage auf, inwiefern *Facebook* – ein soziales Netzwerk, das viele Millionen Menschen oft sorglos nutzen – damit zum Demokratiegefährder wird, statt als Plattform für freiheitsstiftenden Austausch Hoffungsbringer für die Demokratie zu sein. Viele politische Großereignisse in Europa seit den US-Präsidentenwahlen 2016 waren von Manipulationsversuchen im Cyberraum begleitet. Auch die anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai 2019 werden mit hoher Wahrscheinlichkeit das Ziel von digitalen Desinformationskampagnen und Cyberangriffen sein. So zeigt auch eine kürzlich durchgeführte Eurobarometer-Umfrage, dass ein Großteil der EU-Bürger_innen sich um Wahlmanipulation durch Cyberattacken sorgt.

Klar ist: Die politische Kommunikation ändert sich unter dem Einfluss von Digitalisierung. Dies zeigt sich an einem schnelleren Takt, einer Themensetzung, die sich da-

ran orientiert, dass Themen geliked, geshared und kommentiert werden können, und daran, dass Akteur_innen sich neu vernetzen.

Allenthalben ist die Rede von *Fake News*, Cyberkriminalität, *Social Bots* und Hasstiraden im Netz. Die aktuelle Debatte kreist häufig um neue oder in ihrer Brisanz verstärkte Phänomene politischer Kommunikation unter den Einflüssen der Digitalisierung. Digitale Hasskriminalität und Hetze zeigen, dass der demokratische Diskurs durch eine Ausbreitung nicht-zivilisierter Formen der Auseinandersetzung erheblichen Schaden nehmen kann. Der Politikwissenschaftler Prof. Wolf J. Schünemann plädiert daher in seinem auf unserer Website www.demokratie.niedersachsen.de veröffentlichten Beitrag über „Internet und Digitalisierung als Gefahren für die Demokratie?“ für einen „aufgeklärten Umgang mit diesen Erscheinungsformen digitalen Wandels“; es sei zu unterscheiden „zwischen den einzelnen Gegenständen, ihren Voraussetzungen und Auswirkungen“.

Auch am aktuellen Europawahlkampf wird die Veränderung in der politischen Kommunikation sichtbar. Parteien erhöhen ihre Ausgaben für den digitalen Wahlkampf und entwickeln ihre Konzepte weiter.

Gestalten und Mitbestimmen durch digitale Medien

Wie bei kaum einem anderen Medium verbindet sich mit dem Internet die Hoffnung auf eine umfassende Demokratisierung. An jedem Ort Zugriff auf jede Information zu haben, sich daraus eine Meinung zu bilden als Grundlage für demokratische Teilhabe und Willensbildung: Das ist zweifellos eine verlockende Vorstellung. Gleichzeitig haben sich über das bzw. im Netz neue Formen der politischen Partizipation entwickelt – die Bandbreite reicht von Online-Petitionen über die digitale Beratung von Bürgerhaushalten bis hin zu Online-Konsultationsverfahren von Parteien. Auch die Protestformen sind durch das Internet vielfältiger geworden, Massen lassen sich digital deutlich leichter mobilisieren.

Eigentlich ist das trockene Urheberrecht viel zu abstrakt und kompliziert, zu weit vom Alltag vieler Menschen entfernt, um Demonstrant_innen auf die Straße zu locken – könnte man meinen. Die EU-Urheberrechtsreform hat es trotzdem geschafft. Allein in Deutschland demonstrierten mehr als 150.000 – v.a. auf digitalem Wege mobilisierte – Menschen. Eine Petition wurde ebenfalls eingereicht, die mit über 4,7 Millionen Unterschriften, davon rund 1,3 Millionen in Deutschland bis dato zu den größten Online-Petitionen weltweit gehört. Auch viele Kinder und Jugendliche gingen nicht nur für den Klimaschutz auf die Straße, sondern auch gegen die Urheberrechtsreform. Viele sehen in der neuen Regelung eine Einschränkung der Informationsfreiheit, der existenziellen Grundlage demokratischer Teilhabe.

Nicht zuletzt angesichts dieser massiven Proteste gibt es erste Untersuchungen darüber, inwiefern netzpolitische Themen wie z. B. die Debatte um Upload-Filter zunehmend relevant für den Ausgang von Wahlen werden. YouTuber_innen verfügen über riesige Netzwerke, die sie spontan und schnell mobilisieren können. Bei tendenziell knapperen parlamentarischen Mehrheiten aufgrund der Zersplitterung der Parteienlandschaft kann eine Mobilisierung durch die immer stärker werdende Netz-

Community durchaus Einfluss auf Wahlergebnisse und damit auf die Regierungsbildung nehmen.

Die Diskurse um Digitalisierung sind also, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, geprägt von einem Spannungsverhältnis zwischen Chancen und Risiken. Entscheidend ist, dass Digitalisierung eine gesellschaftliche Gestaltungsperspektive und -aufgabe bietet und damit zentraler Bestandteil politischer Bildung sein muss.

3. Die Rolle der politischen Bildung

Vor diesem Hintergrund möchte ich im Folgenden einige Thesen zur Diskussion stellen, die für die politische Bildung in der digitalen Welt aus meiner Sicht zentral sind. Sie sind neben den Erkenntnissen aus der Niedersächsischen Landeszentrale auch inspiriert durch den interessanten Kongress über Neue Medien und politische Bildung, den die Transferstelle politische Bildung bereits 2015 durchgeführt hat und den ich als Beiratsmitglied unterstützen durfte (transfer-politische-bildung.de). Um es vorwegzunehmen: Es kann nicht darum gehen, dass sich politische Bildung größtenteils ins Netz verlagert. Vielmehr geht es darum, die Chancen der Digitalisierung stärker für die politische Bildung zu nutzen sowie Analog und Digital zusammenzudenken – wie es auch der Lebenswelt fast aller Menschen in Deutschland heutzutage entspricht.

- *Netzpolitische Themen aufgreifen*
Akteur_innen der politischen Bildung werden nicht umhinkommen, verstärkt netzpolitische Anliegen aufzugreifen. Diese Themen haben einen massiven Einfluss auf den Alltag der Bürger_innen, und das Geschehen im Netz beeinflusst die politische Kommunikation und politische Entscheidungen. Daher müssen netzpolitische Fragen selbstverständlich im Blickfeld politischer Jugend- und Erwachsenenbildung stehen.
- *Lebensweltliche Orientierung ernst nehmen*
Die Chancen von Digitalisierung für Bildungsprozesse müssen intensiver genutzt werden. Nimmt man Lebensweltorientierung in der politischen Bildung ernst, so ist auch das Netz als Ort politischer Bildung zu sehen. Soziale Medien sind zu zentralen Kommunikationsräumen geworden. Auch hier darf die politische Bildung nicht fehlen. Es geht darum, mit digitalen Tools in der politischen Bildung zu experimentieren, Erfahrungen zu sammeln und immer passgenauere Tools zu entwickeln und sie einzusetzen. Gerade die Präferenzen der Mediennutzung von jungen Menschen sollten verstärkt berücksichtigt werden. *Games* bieten bspw. spannende Anknüpfungspunkte für die politische Bildung. Sie ermöglichen, Emotionen anzusprechen und das ganzheitliche Empfinden einzubeziehen. Zudem kann Lernen via *Games* kollaborativer und sozialer gestaltet werden.
- *Chancen für Partizipation nutzen*
Das Web entwickelt sich mehr und mehr zu einer Plattform der Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen. Viele Menschen haben großes Interesse, politische Beteiligung im Netz zu thematisieren und auch umzusetzen. Die Schnitt-

stelle zwischen politischen Bildungsangeboten und direkter Partizipation am politischen Geschehen ist größer geworden. Daher gibt es heutzutage viel mehr Möglichkeiten zur Beteiligung, die aufgezeigt, kritisch reflektiert und angeregt werden können. Gleichzeitig gilt es angesichts dieser Entwicklungen, Grundsätze der politischen Bildung zu reflektieren.

- *Trial and Error*

Der Einsatz digitaler Medien bringt viele neue Herausforderungen mit sich. Technische, rechtliche und methodische Fragen sind zu klären. Durch die rasanten Entwicklungen muss mit ständigen Veränderungen umgegangen werden. Daher sind Experimentierfreude, Mut zur Lücke und eine offene Fehlerkultur wichtige Haltungen. Nur so wird gelingen, dass digitale Methoden nicht nur altbewährte Formate in neuem Gewand sind.

- *Digital Divide*

Auch wenn fast alle Menschen in Deutschland Zugang zu digitalen Medien haben – das Informations- und Kommunikationsverhalten, die rezipierten Inhalte und der Umgang mit eigenen Inhalten sind von Gruppe zu Gruppe verschieden. Politische Bildung muss den Anspruch verfolgen, die im Netz stattfindende Reproduktion von Ungleichheit aufzuzeigen und wenn möglich auszugleichen, wollen wir Teilhabe allen ermöglichen. Daher müssen bei der Entwicklung von online-Angeboten verstärkt soziale Ungleichheiten beachtet werden. Zudem müssen wir uns fragen, wer bereits wirkmächtig seine Interessen online organisiert und einbringt und wer verstärkt in den Blick genommen werden muss. Durch den Einsatz digitaler Medien und die Präsenz politischer Bildung im digitalen Raum lassen sich neue und bislang von der politischen Bildung kaum erreichte Zielgruppen adressieren.

- *Die digitale Welt braucht eine neue Arbeitskultur*

Eine Auseinandersetzung, wie mit der zunehmend digitaler und flexibler werdenden Arbeitswelt umzugehen ist, ist auch in Bildungsinstitutionen weiterhin zu führen. Um für die komplexen Anforderungen des digitalen Berufslebens gerüstet zu sein, brauchen Einrichtungen der politischen Bildung neben der technischen Ausstattung auch inspirierte Menschen und eine insgesamt ideenförderliche Arbeitsatmosphäre. Stetiges Lernen, Retrospektiven, geeignete Rahmenbedingungen für selbstorganisiertes und vernetztes Arbeiten oder neue Praktiken der Entscheidungsfindung sind einige Schlüssel für eine erfolgreiche neue Arbeitskultur in der digitalen Welt. Entscheidend ist es, persönliche Entfaltung und berufliche Entwicklung zusammen zu denken.

4. Ansätze der Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Die Niedersächsische Landeszentrale für politische Bildung hat in ihrem kürzlich veröffentlichten Strategiepapier „Demokratie beginnt mit Dir“ Digitalisierung als wichtiges Themen- und Arbeitsfeld aus mehreren Perspektiven festgelegt (www.demokratie.niedersachsen.de). Für die politische Bildungsarbeit der Landeszentrale bedeutet dies:

- Sich kritisch-konstruktiv mit den Chancen und Herausforderungen digitaler Entwicklungen auseinanderzusetzen.
- Digitale Formate sowie Ansätze und Methoden für die politische Bildung in Niedersachsen anzubieten und deren Chancen und Grenzen gerade für Multiplikator_innen sichtbar zu machen sowie ihren Einsatz zu reflektieren. Die LpB legt Wert darauf, Methoden und Ansätze zu entwickeln, die gesellschaftlichen Ausschlüssen entgegenwirken bzw. ihnen vorbeugen.
- Die Förderung von Beteiligungsmöglichkeiten – von der lokalen über die Landes- bis zur Bundes- und Europaebene – zählt im Sinne einer Demokratisierung politischer Prozesse zu unseren Zielen. Die LpB will möglichst viele Menschen mit ihren Beteiligungsmöglichkeiten vertraut machen, sie motivieren und darin unterstützen, diese zu nutzen – mit einem Schwerpunkt auf digitalen Partizipationsformen.
- Netzpolitische Debatten verstärkt anzuregen.
- Die Chancen zur Erreichung bestimmter Zielgruppen über neue Wege und Instrumente zu nutzen.

Vor allem geht es uns darum, an die Lebenswelt vieler, vor allem junger, Menschen anzuknüpfen, um sie für politische Bildung zu erreichen. So können wir passgenaue Angebote machen, um diese Gruppen noch stärker für eine Teilhabe an demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozessen zu motivieren. Dabei haben wir den ungleichen Zugang zu Informationen, Debatten und Partizipation im Blick.

1. Entwicklung digitaler Tools für die politische Bildung

Die LpB hat bereits digitale Tools entwickelt, um Impulse in die Trägerschaft der politischen Bildung v.a. in Niedersachsen zu geben. Im Folgenden werden einiger dieser Tools beispielhaft vorgestellt und kurz skizziert, wie sie kollaboratives Entwickeln in Kombination mit einem *Peer*-Ansatz unterstützen, Reflexionsprozesse anstoßen, eine Ausweitung von Zielgruppen ermöglichen, landesweite Vernetzung und Sichtbarmachung fördern und an die Lebenswelt der Nutzer_innen andocken können.

Spot on – Demokratie auf der Spur: Mithilfe dieser App können Gruppen in ganz Niedersachsen digitale Bildungsrouten entwickeln, die User_innen zu politischen Stadtrundgängen einladen.

Durch das Format der digitalen Schnitzeljagd – angelehnt an das weltweit verbreitete Prinzip des Geocaching – werden Menschen über Seminarräume hinaus erreicht. Dabei entwickeln Gruppen im Rahmen von Workshops die Routen selbst, was ganz neue Perspektiven z. B. auf Demokratie eröffnet. So hat bspw. ein aus dem Iran stammender Teilnehmer den Taxistand in Hannover als eine Station eingebaut und damit eine Diskussion zum Thema Meinungsfreiheit angeregt – denn im Iran sei offener Meinungs-austausch oft nur noch in Taxen möglich.

Durch die App entsteht ein landesweites Netzwerk von Orten der Demokratie und Partizipation, das – digital und analog – unterschiedlichste Themen politischer Bildung sichtbarer macht.

KonterBUNT – Einschreiten für Demokratie: Anfang Juni 2019 wird die LpB mit ihrer zweiten App online gehen. Bei „KonterBUNT – Einschreiten für Demokratie“ geht es darum, Strategien gegen Stammtischparolen kennenzulernen und zu erproben. Durch den spielerischen Zugang und die Aufbereitung der komplexen Thematik im Rahmen einer App mit Mini-Game soll das Thema möglichst vielen Menschen zugänglich gemacht werden. Sie erfahren Tipps und Hilfestellungen, wenn ihnen im Alltag menschenverachtende Parolen begegnen und werden so darin gestärkt, sich für Demokratie einzusetzen. Weitere Infos gibt es unter www.konterbunt.com.

Games: Damit nimmt die LpB einen wichtigen Zugang für die politische Bildung in den Blick. Spiele greifen Lebenswelten auf und docken direkt bei den Lernenden an. Sie können Selbstbewusstsein und Partizipation fördern; die Spieler_innen können den Konsequenzen, die das eigene Handeln mit sich bringt, nachspüren. Dieses Tool bietet neue Zugänge und Perspektiven und erreicht in der Regel andere Zielgruppen als „klassische“ Formate politischer Bildung.

Mit der Übersetzung des *Serious Game* zu *Fake News* „Fake It To Make It“ von Englischen ins Deutsche und der kostenfreien Bereitstellung beispielsweise knüpfen wir an das Spielverhalten vieler junger Menschen an. Das Ziel besteht darin, Funktionsweisen von *Fake News* erfahrbar zu machen und zu erkennen, welche Logiken dahinterstecken.

2. Digitale Partizipation reflektieren und stärken

Die LpB nimmt auch die durch die fortschreitende Digitalisierung veränderten Rahmenbedingungen und erweiterten Möglichkeiten von Beteiligung in den Blick. Auf der LpB-Tagung „Digitalisierung – Beteiligung – Politische Bildung“ im Oktober 2018 wurde sichtbar, wie viele gelungene Formate digitaler Beteiligung es bereits gibt und wie groß das Interesse unterschiedlicher Träger_innen ist, diese verstärkt und insbesondere für junge Leute nutzbar zu machen. Es ging um den Einsatz von Videoclips in der politischen Bildung, Partizipationsplattformen wurden vorgestellt und ihre Möglichkeiten und Grenzen diskutiert: vertreten waren beispielsweise „WeAct!“ (unterstützt Petitionen und Kampagnen), „fragenstaat.de“ (hilft rund um Auskunftsrechte) und „Mitreden“ der Stadt Braunschweig (bietet Menschen einen direkten Draht zu ihrer Stadt). Und die Chancen von Games für die politische Bildung wurden kontrovers diskutiert. Hintergründe zu diesen und vielen weiteren Themen finden sich auf dem oben genannten Tagungs-Blog.

Auf der Tagung wurde der enorme Bedarf deutlich, sich weiterhin mit dem Thema zu beschäftigen; bspw. äußerten die Teilnehmer_innen den Wunsch nach Bündelung digitaler Beteiligungstools und einem fortgesetzten Austausch darüber, wie Jugendliche zu Online-Beteiligung motiviert werden können; auch würden sie gerne weiter erörtern, wie das Potenzial der Verbindung von *Games* und politischer Bildung nutzbar zu realisieren wäre und wie sich Social-Media-Kanäle sinnvoll einsetzen las-

sen. Den Umgang mit *Hate Speech* und Fragen zur Regulierung des Internets möchten sie ebenfalls weiterdiskutieren; zudem zeigten sie großes Interesse daran, zusätzliche Good-Practice-Beispiele kennenzulernen.

3. Netzpolitik stärker verhandeln

Im Juni 2018 schlossen sich die Zentralen der politischen Bildung erstmals zusammen, um Netzpolitik stärkere öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen – dies war der Auftakt der bundesweiten Aktionstage „Netzpolitik und Demokratie“. Gemeinsam mit Partner_innen aus Bildung, Medien, Politik und Zivilgesellschaft wurden über drei Tage Veranstaltungen zu Netzpolitik, digitalen Bürgerrechten und zur Internetkultur durchgeführt. Beeindruckend war, wie viele Akteur_innen sich beteiligt haben und damit sichtbar wurde, dann netzpolitische Themen aufgegriffen werden. Über Netzneutralität, die Algorithmisierung der Gesellschaft und künstliche Intelligenz wurde bundesweit in über hundert Veranstaltungen vor Ort sowie im digitalen Format diskutiert und gerungen. Als eine Konsequenz wird die Niedersächsische LpB zusammen mit ihren Partner_innen auch im November 2019 und in den Folgejahren die bundesweiten Aktionstage Netzpolitik und Demokratie durchführen.

Wir stehen am Anfang und sind doch schon mitten drin. Ebenso wie Digitalisierung Raum greift im gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben, so braucht auch die politische Bildung Antworten auf diese Entwicklungen. Voraussetzung dafür ist zunächst, die richtigen Fragen zu stellen. Oft sind gute Fragen der Ausgangspunkt für neue Ideen. Und diese Ideen brauchen wir dringend für den breiten fachlichen Diskurs über politische Medienbildung in der digitalen Welt!